

Innsbrucker Rundschau KPÖ

Zeitung der **KPÖ** Tirol

Nummer 03. Juni 2006

<i>Innsbrucker Gemeinderatswahl 2006</i>	S 1
<i>Wahlanalyse, Kein Ende der Geschichte</i>	S 2
<i>Die KPÖ ist eine respektierte Partei geworden</i>	S 3
<i>72 Tage Commune de Paris, Impressum</i>	S 4



Die Kandidatinnen der Liste InnsbruckLINKS

Am 21. März 2006 präsentierten sich die ersten sechs Kandidaten des Wahlbündnisses InnsbruckLINKS! (KPÖ, ATIGF, Linke) der Öffentlichkeit. Es gab einen Fernsehbericht im ORF und mehrere Pressemeldungen. Eine Wahlanalyse und einen Bericht zum Besuch des steirischen KPÖ-Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger am 6. April 2006 auf Seite 2 + 3



Die Innsbrucker Rundschau ist wieder da!?

In Anlehnung an die guten alten Innsbrucker-Rundschau-Zeiten und voll Freude über das Wiedererstarken der KPÖ haben Rosmarie Thüminger und das neue Mitglied Monika Himsl vorgeschlagen, die Parteizeitung aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken. Als Diskussionsgrundlage haben sie diese Nullnummer für die Mitgliederversammlung am 3. Juni 2006 gestaltet.

Zur Vorstellung des neuen Mitglieds Monika Himsl: sie ist im Rahmen ihres **Internet-Workshops zur Innsbrucker Gemeinderatswahl 2006** der KPÖ beigetreten und kandidierte auf der Liste InnsbruckLINKS auf dem 7. Platz.

Zur Person:

Volksschule, Hauptschule und Fachschule für angewandte Malerei in Innsbruck, Malermeister-schule in Baden bei Wien, Abendgymnasium in Innsbruck und Wien. Vergolderleh-rabschlussprüfung, Wien. Durch Familienphase mehrfach unterbrochenes Studium der Politik-wissenschaft, derzeit Diplom-arbeitsphase. Gearbeitet als Male- rin, Vergolderin, in der Bilder- rahmenerzeugung, im Kunst- handel, als freie Lokaljour- nalistin, und unentgeltlich in mehreren eigenen Bildungs- Projekten, Schwerpunkt: Migra- ten aus der Türkei. Auf eine gute Zusammenarbeit.

Gemeinderatswahl 2006

Das Wahlergebnis für Liste InnsbruckLINKS: 448 Stimmen oder 0,92 Prozent der gültigen Stimmen. Damit wurde das Wahlziel, die Erringung eines Mandates, klar verfehlt. Die Liste teilte dieses Schicksal mit den drei anderen Kleinlisten. Ihre summierten Stimmen (1515) UND die ungültigen Stimmen (556) zusammen betragen 2071 Stimmen. Das hätte gut für ein Mandat gereicht. Der Nichtwähleranteil betrug 42,2 Prozent – nicht einmal die stärkste Liste, Für Innsbruck - Hilfe Zach, hat mit ihren 26,8 Prozent diesen Anteil annähernd erreicht.

Das Ergebnis von Innsbruck LINKS ist mit einem winzigen lachenden und einem riesigen weinenden Auge zu betrachten. 134 Stimmen mehr als 2000 (314 Stimmen und 0,67 Prozent), aber das trotz zweier zusätzlicher Gruppen als Bündnispartner. Kein Grund zum Jubeln also. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Stadtteile:

InnsbruckLinks!		
Stadtteil	Stimmen 2006	Prozent 2006
Pradl	79	1
Höttinger Au	53	1,2
Wilten	49	1
Reichenau	41	0,9
Dreiheiligen/Schlachthof/Saggen	38	0,9
Hötting	35	1,2
Hötting West	32	0,7
Innenstadt	22	1,1
Olympisches Dorf	21	0,7
Amras/Gewerbegebiet Rossau	20	1
Mariahilf/St.Nikolaus	14	1,2
Arzl	10	0,6
Gewerbegebiet Mühlau/Arzl	9	1,6
Igls	8	0,8
Mühlau	6	0,6
Sieglanger/Mentlberg	5	0,5
Hungerburg	4	1
Vill	2	0,7
Gesamt	448	0,9

Die Hochburg ist Pradl, gefolgt von meinem Stadtteil Höttinger Au und Wilten. Den höchsten Prozentsatz erreichte InnsbruckLINKS im Gewerbegebiet Mühlau/Arzl.

Die Ursachen der Wahlschlappe wurden in der ersten Mitgliederversammlung nach der Wahl am 3. Mai 2006 erörtert. In der Mitgliederversammlung am 3. Juni werden die Bundes- und die Landeskonzferenz und Linie für die kommende Nationalratswahl besprochen.

Monika Himsl

Kein Ende der Geschichte

Das ist der Titel von Franz Muhris „kritischer Bilanz eines politischen Lebens“ (Globus Verlag, Wien 1995). Und dieser Titel passt haargenau zu meinen Erlebnissen, die ich nach meinem Beitritt zur KPÖ im April 2006 hatte. Wie das?

Mein Beitritt war Ergebnis eines fast einjährigen Prozesses, der mit meinem Interesse für das Thema „Internet und Demokratie“ zusammenhing.

Als 48-jährige Politikwissenschafts-Studentin beobachtete ich schon seit 2003 Wahlkämpfe in verschiedenen Internet-Diskussionsforen, bevorzugt im Forum der NEWS-Gruppe. Im Sommer 2005 lernte ich so die steirische KPÖ näher kennen und wurde Sympathisantin, nachdem ich die untergriffigen Attacken gegen Kommunisten etwa des ÖVP-Generalsekretärs Reinhard Lopatka sah, der mit der Wiederbelebung der „Roten Katze“ (1949) tief in die Wahlkampf-Mottenkiste griff. Die steirische KPÖ brachte mich mit ihren völlig unerwarteten Reaktionen herzlich zum Lachen, z.B. mit dem Plakat mit Maiku, der echten „roten Katze“ im Grazer KPÖ-Büro, und mit den Buttons: „Fürchtet euch nicht. KPÖ“. Ich kramte aus meinem Archiv die Nachwahlberichte zur Grazer Gemeinderatswahl 2003 hervor und wurde ich im Zuge meines Internet-Workshops zur Innsbrucker Gemeinderatswahl 2006 Mitglied der KPÖ. Frage: Was passiert wohl, wenn man sich heute (2006) „öffentlich“ als „Jungkommunist“ „outet“. Eine Reaktion im NEWS-Forum (24. April 2006), stammte von einem Mit-Tiroler:

"Bis zu 100 Millionen Tote weltweit durch kommunistische Regime in diesem Jahrhundert, 25 Millionen Tote durch den Nationalsozialismus."

politifurz was sagt du dazu? wieso wurden und werden nazis verfolgt und a.rschgesichter wie du und deinesgleichen dürfen frei rumlaufen? erklär mir das mal. ihr kommunistischen drecksäue habt wesentlich mehr menschen auf dem gewissen als die nazis. ihr habt wesentlich mehr länder ruiniert und menschen in die armut getrieben. es gab auch kommunistische konzentrationslager usw. wieso also dürft ihr mörderpack frei rumlaufen?

ich werd dir sagen wieso. hätten die kommunisten auch juden verfolgt und getötet wären sie heute genauso verboten wie die nazis. das haben diese drecksäue aber nicht, sie haben sich lieber nicht so prominente offer ausgesucht. arme menschen in armen ländern, von denen niemals jemand hört auch wenn sie ausgeraubt und niedergemetzelt werden. aber ihr kommunistischen drecksäue habt es nicht geschafft, die wahrheit kommt immer irgendwann ans licht."

Als ich das las, erinnerte ich mich an das, was Muhri in seinem Buch zum im Jänner 1982 beschlossenen KPÖ-Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ schrieb: (Seite 133)

„Auf Grund der in Österreich herrschenden politischen Situation eines engstirnigen provinziellen Antikommunismus sowie der medialen Diskriminierung der Partei war es jedoch nicht möglich, diese beträchtlichen Schritte einer programmatischen Parteienerneuerung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.“ Wahrlich, das Ende der Antikommunismus-Geschichte ist in Österreich noch lange nicht in Sicht. *Monika Himsl*



Die KPÖ ist eine respektierte Partei geworden!

Am 6. April erhielt die Liste InnsbruckLINKS prominente Wahlkampfhilfe: Ernest Kaltenegger, der Obmann des vierköpfigen steirischen KPÖ-Landtags-Klubs und vormaliger Grazer Wohnungs-Stadtrat. Er hatte 2003 mit einem sensationellen 21-Prozent-Wahlergebnis in der Grazer Gemeinderatswahl für österreichweite Schlagzeilen gesorgt.

Von Monika Himsl

Das Motto der Veranstaltung im Innsbrucker Bierstindl fasste ein besorgter junger Besucher am Ende des Abends mit einer klaren Fragen zusammen: „Wie können wir den Menschen die Angst vor dem „K“ in der „KPÖ“ nehmen???“

Genosse Ernest schmunzelte auf sein unvergleichliche Art und meinte: „Die Dämonisierung ist schwerer, wenn man uns kennt. Die KPÖ ist eine respektierte Partei geworden!“

Freilich, das gilt vorerst nur für die Steiermark, in der sich die KPÖ seit dem schlechtesten Ergebnis im Jahre 1983 in konsequentem Einsatz FÜR Menschen, denen es nicht so gut geht, nach oben gearbeitet hat.

Heute ist sie mit 11 Gemeinderats-Mandaten und zwei Stadtsenatssitzen im Grazer

Stadtparlament vertreten und - sie ist nach dem „roten Oktober 2005“ mit vier Landtags-abgeordneten in den steirischen Landtag eingezogen.

Die Innsbrucker Linken und die KPÖ-Tirol lauschten sehr gespannt, was der „Ernst“ aus dem Nähkästchen plauderte.

Was ist Murkommunismus

Es ist die Sache mit dem Geld! Als die Grazer KPÖ 1998 erstmals einen Stadtsenatssitz erreichte und das Wohnungsressort zugeteilt bekam, verfügte sie über einen ersten gutdotierten Politikerposten. Aber: die KPÖ war immer gegen die hohen Politikergehälter gewesen. Was also tun, um glaubwürdig zu bleiben?

Es wurde beschlossen, dass ein Mandatar mit (heute!) 1950,- Euro das Auslangen finden sollte.

Der Rest des Geldes kam in einen Sozialtopf, mit dem zuerst ein Mietnotruf und später auch ein Rechtshilfe-Fond eingerichtet wurden. Das Geld wurde unbürokratisch an Menschen in Not weitergegeben:

Mietzahlungen, Stromrechnungen, Waschmaschinen, Kühlschränke - aber auch Selbstbehalte bei Krankenhausaufenthalten oder einfach auch nur Lebensmittelgutscheine für Sozialmärkte wurden bezahlt.

Manchen Menschen musste auch einfach nur geholfen werden, zu ihrem Recht zu kommen.

380.000 Euro für Arme!

Auf diese Weise sind nicht nur seit 1989 insgesamt ca. Euro 380.000 an Arme geflossen. Die Transfers wurden auch dokumentiert in einem Kassabuch, das einmal jährlich in einem Tag der offenen Konten eingesehen werden kann. Diese Vorgehensweise ist nun nicht etwa nur ein reiner „Akt der Solidarität“.

„Man hat die Leute zuhause aufgesucht“, erklärte Kaltenegger das Prozedere. Dabei könne man erkennen, ob es eine akute Notlage sei, oder ob man eher Hilfe zur Selbsthilfe geben sollte. Auf diese Weise wurde die KPÖ nicht nur zu einer Anlaufstelle für Wohnungsprobleme. Die KPÖ-Politiker kamen so auch mit vielen anderen Problemen der Menschen in Kontakt, und das floss in die Grazer Wohnungspolitik ein - was der KPÖ bei der Gemeinderatswahl 2003 zu sagenhaften 21 Prozent verhalf.

Kalteneggers Fazit:

“Es hat sich durch die Existenz der KPÖ einiges geändert!”

Wohl nicht nur für Grazer Bürger sondern offensichtlich auch für die KPÖ, was der Einzug in den Steirischen Landtag beweist.

Ein 135-Jahre - « Jubiläum »**72 Tage Commune de Paris**

Die letzten Tage im Mai 1871, also vor genau 135 Jahren, waren auch die letzten Tage der Commune de Paris. Diesem Experiment, für Karl Marx „der rumvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft“, waren äußerst turbulente Zeiten vorausgegangen...

Von Rosmarie Thümminger

Am 1. September 1870 kapitulierte Kaiser Napoleon III. im Deutsch-Französischen Krieg nach der Schlacht bei Sedan vor den Preußen. Nur zwei Tage später führten die Republikaner in Paris eine unblutige Revolution durch und riefen die Dritte Republik aus. Im Jänner 1871 kapitulierte Frankreich vor den deutschen Truppen, die Paris vier Monate lang belagert hatten.

Im Zuge dieser Ereignisse war durch Bewaffnung der ArbeiterInnen von Paris die so genannte „Garde Nationale“ entstanden, welche auch ein Frauen-Bataillon umfasste. Als nach dem Abschluss des Waffenstillstands die Regierung Adolphe Thiers Truppen nach Paris schickte, um den ArbeiterInnen die Waffen wieder abzunehmen, erhob sich die Nationalgarde und errichtete in Paris eine proletarische Regierung. So begannen am 18. März 1871 die zweiundsiebzig Tage der Kommune.

Die meisten der Kommunisten waren Anhänger vom gefangenen gehaltenen Revolutionär Louis Auguste Blanqui, andere hingen der sozialistischen Theorie Pierre Joseph Proudhon an oder waren Mitglieder des Internationalen Arbeiterbundes, dessen korrespondierender Sekretär damals Karl Marx war..

Die Kommune war von Beginn an radikal-demokratisch und beschloss zahlreiche soziale Reformen wie z.B. Arbeitsschutz, Gleichberechtigung der Frau und kostenlosen Schulunterricht. Das Programm umfasste auch die Abschaffung der stehenden Armee und die Trennung von Staat und Kirche. Bevor diese und ähnliche Reformen aber in Kraft treten konnten, hatte die Nationalversammlung bereits ihre Truppen entsandt, um die Kommune niederzuschlagen.

Über 100.000 französische Kriegsgefangene hatte der deutsche Ministerpräsident Bismarck zu diesem Zwecke freigelassen. Vom 2. April an beschossen die Regierungstruppen unter Marshall Mac-Mahon sechs Wochen lang die Stadt. Anfang Mai gelang es ihnen, die Schutzwälle nieder zu brechen und eine Woche lang, vom 21. bis 28. Mai, wurde um jedes Haus gekämpft.

Die Regierungstruppen töteten mehr als 20.000 Menschen. Am Friedhof Père-Lachaise wurden die KommunistInnen endgültig geschlagen.

Nicht nur die Kämpfe, auch die Rache der Sieger war grausam. Zehntausende wurden fusiliert, eingekerkert oder deportiert. Nur wenigen gelang es, ins Ausland zu fliehen.

Über die geschichtlichen Wirrnisse der letzten 135 Jahre hinweg bildete die – wenn auch auf wenige Wochen begrenzte – Existenz der Commune de Paris für Millionen eine Hoffnung Quelle der Kraft und Hoffnung.

Quelle: Die großen 72 Tage. Verlag Volk und Welt, Berlin, Jean Villain, Berlin 1971

Zeittafel

- 1852** Louis Bonaparte proklamiert sich zum Kaiser (Napoleon III) (2.12.: zweiter Kaiserreich 1852/70)
- 1858 Attentat auf Napoleon III (14.1.)
- 1859** Krieg gegen Österreich (12.5.-12.6.)
- 1860** Annexion von Nizza u. Savoyen (24.3.)
- 1864 Gründung des Comité des Forges- Streikverbot aufgehoben
- 1867** Luxemburgkonflikt mit Preußen (April, Mai)
- 1870/71** Deutsch-Französischer Krieg
- 1870** Kriegserklärung an Preußen (19.7.) – Kapitulation von Sedan (2.9.) – Proklamierung der III. Republik (4.9.; besteht 1870 – 1940)
- 1871** Französisch-deutscher Waffenstillstand (28.1.) – Regierung Thiers (Februar) - Machtübernahme durch das Zentralkomitee der Nationalgarde in Paris (18.3.) - Proklamierung der Kommune von Paris 28.3. – 28.3.) – Endkampf der Kommune (Blutige Woche – 21.- .28.5.)

Impressum:

Innsbrucker Rundschau
Zeitung der KPÖ Tirol
Nummer 0 – 3. Juni 2006
Erscheinungsort: Innsbruck

Eigentümer, Verleger, Herausgeber: KPÖ Tirol
GumpstraÙe 36, PF 816, 6023
Innsbruck, e-mail: kpoe@tirol.com

Gestaltung und Vervielfältigung:
Krebsbach-Verlag, Monika Himsl,
Krebsbach 375, 6414 Mieming